



Medienmitteilung vom 21. Juli 2014

---

## **Gesetz zur AKB: Teilprivatisierung gefordert**

**Aarau, 21. Juli 2014: Wie die Erfahrung aus verschiedenen anderen Kantonen zeigt, sind Politiker langfristig nicht in der Lage, eine Bank strategisch zu führen. Ein Blick auf die anderen Kantone zeigt, dass die meisten Kantone Schritte in Richtung (Teil-)Privatisierung unternommen und einzelne Kantone den Wegfall der Staatsgarantie realisiert haben. Die Staatsgarantie ist – unabhängig von der Organisationsform – auch im Aargau abzuschaffen.**

Bei den Varianten plädiert die Stiftung dafür, das Grundkapital von 200 Millionen Franken in Aktienkapital umzuwandeln, was gleichzeitig eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft bedingt. Zusätzlich sollen mindestens weitere 100 Millionen Franken Aktienkapital geschaffen und veräussert werden, wobei der Nettoerlös zum Abbau der Schuld der Spezialfinanzierung Sonderlasten verwendet werden soll. Die Amtsdauer der Mitglieder der strategischen Führungsorgane soll auch in Zukunft bei vier Jahren belassen werden. Eine kurze Amtsdauer von nur einem Jahr führt dazu, dass die Organe nur noch kurzfristig denken und handeln. Eine Angleichung an die Minder-Initiative ist nicht erforderlich, weil diese auf die aargauischen Staatsanstalten und Beteiligungen nicht anwendbar ist. Der Regierungsrat wäre gegenüber dem Bankrat unabhängiger, wenn er im Bankrat keinen Einsitz nähme. Wir weisen darauf hin, dass der Regierungsrat in Zukunft über Unternehmenskäufe der AKB entscheiden soll. In einem solchen Fall müsste das in den Bankrat delegierte Mitglied des Regierungsrats in zwei verschiedenen Gremien entscheiden. Für den Fall einer Privatisierung der AKB erübrigt sich eine Limitierung der Gehälter. Je höher der Grad der Privatisierung, desto geringer ist das Bedürfnis nach einer Obergrenze. Kommt es nicht zur Privatisierung, ist die Gesamtheit der Entschädigung des CEO auf maximal das Doppelte eines Regierungsrates angemessen.

---

### **Weitere Informationen:**

Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates, Tel. 079 662 63 07